



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/184 - 14. August 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Zum Abschluss des Chruschtschow-Besuches	S. 1
China - bald drittgrösste Industriemacht der Welt ?	S. 3
Fällige Wahl des UNO-Generalsekretärs	S. 4
Das kurze Gedächtnis des Bundesarbeitsministers	S. 5
Adenauer über sich selbst und andere über ihn	S. 6

Verhärtung

sp - Chruschtschow hat seinen Besuch jenseits der Zonengrenze abgeschlossen. Es wird jetzt überall viel darüber gerätselt, welchen Zweck dieser Besuch gehabt haben soll. Die Einen sagen, Chruschtschow wollte Khrushch's Position stärken, die Anderen, er wollte demonstrativ von Ostberlin aus dem Westen sagen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich sei. Vielleicht trifft beides zu.

Das ist aber uninteressant. Wichtig für uns Deutsche ist nur, dass wir jetzt folgenden Tatbestand feststellen müssen: Die Westmächte und die Bundesregierung haben vor kurzem in Berlin erklärt, dass sie bei ihrer bisherigen Deutschland-Politik bleiben, dass sie die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO und möglicherweise die Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands in der NATO gewissermassen für selbstverständlich halten. Chruschtschow hat gesagt, so lange der gegenwärtige Zustand herrsche, gäbe es keine Wiedervereinigung. Er hat allerdings auch angekündigt, Moskau werde die sogenannte DDR aus dem Warschauer Pakt entlassen, wenn die Bundesrepublik aus der NATO austrete. Aber vielleicht hat er das nur gesagt, weil er weiss, dass Adenauer entschlossen ist, die militärische Blockpolitik fortzusetzen.

Auf beiden Seiten gefällt man sich also in der feierlichen Versicherung, den Status quo der Spaltung Deutschlands und Europas auf-

rechterhalten zu wollen. Der Westen wie der Osten.

Wer sich damit abfindet und wer diese Art von "Politik" für richtig hält, soll den Mut zu der Erklärung haben, er wolle nichts mehr für die Wiedervereinigung tun.

Wundert man sich, dass unter diesen Umständen jenseits und diesseits des Eisernen Vorhanges immer mehr Deutsche sagen, Bonn und Pankow, Adenauer und Ulbricht profitieren - politisch gesehen - von dieser Politik? Kann man es noch jemandem übelnehmen, wenn er Ulbricht und Adenauer in einem Atemzuge nennt?

Die politischen Tatsachen und die Reden der Exponenten beider Richtungen geben dieser Stimmen leider recht.

Auf die wilden Reden des sowjetischen Generalsekretärs hat der Bundeskanzler ebenso heftig reagiert. Ihm kam dieser einwöchentliche Besuch höchst willkommen, gab er ihm doch die Gelegenheit, die alte Mär von der Unterstützung der Sozialdemokratie durch die Kommunisten in neuen Variationen abzuleiern.

Adenauer "beklagt" sich über sowjetrussische Einmischung im Wahlkampf. Sicherlich war Chruschtschows und seines Anhangs Reise durch Mitteldeutschland eine Einmischung größter Art. Aber hat gerade der Bundeskanzler das Recht, hier den moralisch Empörten zu spielen? War nicht die sogenannte Berliner Erklärung mit ihren hohen Deklamationen als eine ebenso demonstrative Geste gedacht, dem Bundeskanzler Rückenstärkung zu geben?

Jede Siegermacht lobt und stützt leider immer noch auf deutschem Boden die Regierung, von der sie erwarten kann, dass sie in ihrem Sinne spart. Für die Sowjetunion sind Ulbricht und sein Regime unentbehrlich, weil sie nur durch und über Pankow ihre Deutschlandposition halten kann; für den Westen sind Adenauer und Bonn jede Unterstützung wert, weil er von der Dringlichkeit der Überwindung der deutschen Spaltung nicht überzeugt ist.

Die letzten Wochen mit der beiderseitigen Einmischung in den Wahlkampf machten dies nur allzu deutlich. Hier begegnen sich die Interessen von West und Ost. Die Folgen solcher Kurzsichtigkeit müssen sich eines Tages für alle Beteiligten fürchtbar machen. Ihre ersten Auswirkungen sind schon in dem schleppenden Verlauf der Londoner Abrüstungsverhandlungen zu erkennen.

Die Überwindung dieses Zustandes wird nur möglich sein, wenn die Deutschen im freien Teil unseres Vaterlandes mutig und entschlossen die Politik des Status quo der Spaltung überwinden und mit neuen Männern und neuen Ideen den Start zu einer neuen Politik freigeben. Nur im freien Teil Deutschlands können wir das tun. Unsere Brüder und Schwestern jenseits des Eisernen Vorhanges sind zum Schweigen verurteilt.

'Weltmacht hinter dem Bambus-Vorhang'

H.B.D. Seit jener glänzenden Premiere auf der Bandung-Konferenz im Jahre 1955 hat China seinen traditionellen Rang als die Vormacht des Fernen Ostens wieder eingenommen. Die kommunistischen Herren Pekings krüpfen dort an, wo die einstige Machtfülle den schwachen Händen der letzten Kaiser des Reiches der Mitte entglitten war. Es galt, die nationale Zielsetzung des chinesischen Volkes mit den sozialpolitischen und ideologischen Trends der kommunistischen Revolution in Einklang zu bringen. Weit davon entfernt, die Fundamente der chinesischen kulturellen Überlieferung zu zerstören, beabsichtigen die neuen Führer vielmehr, den Einflussbereich der 'pax sinica', wie er vor Jahrhunderten bestanden hatte, wiederherzustellen. Die alten Provinzen Tibet, Sinkiang und die Heimat der Mandschu-Kaiser, die Mandschurei, wurden wieder dem Einfluss des 'Mutterlandes' unterworfen. Der Ausstrahlungsbereich der chinesischen Aktivitäten im südostasiatischen Raum erwies³¹⁰ sich unter der Ägide Maos und Tschu-En-Lais grösser und intensiver als den Roten Zaren in Moskau lieb war. Die kommunistischen Parteien in Indonesien, Japan, Nordkorea, auf Malaisia und im Gebiet des Vietschins wurden zu Aussenzentralen Pekings. Nur zu verständlich, dass die Masse der Auslandschinesen im südpazifischen Raum die Rückkehr einer angesehenen und starken Zentralregierung begrüßten und in steigender Masse ihre wirtschaftlichen Positionen den Wünschen der kommunistischen 'Söhne des Himmels' gemäss als Stützpunkte der stillen chinesischen Invasion dienstbar machten.

In den letzten Wochen mehrten sich Gerüchte, Meldungen und Informationen über eine Entwicklung im Inneren Chinas, die bislang den Augen und Ohren der europäischen und amerikanischen Informationsdienste verborgen geblieben war. Der Chef des japanischen Nachrichtendienstes, ein Kenner seines Fachs und auch heute noch über gute Verbindungen zum Festland verfügend, gab in einem Bericht an die japanische Regierung bekannt, dass gewaltige Industriewerke, darunter grosse Rüstungskombinate in China nicht nur schon im Entstehen sind, sondern dass sie vielmehr schon seit geraumer Zeit mit der Produktion begonnen haben. Nach seinen Schätzungen werde China in naher Zukunft die drittgrösste Industriemacht der Welt sein. Es sei der kommunistischen Führung in Peking gelungen, die riesigen Arbeits- und Rohstoffreserven zu mobilisieren und den gesamten Aufbau hinter den Schleier eines industriell unterentwickelten Landes vorsichtig zu lassen. Während also alle Welt glaubt, dass China noch für lange Zeit ein wirtschaftlicher Satellit Moskaus bleiben werde, wenn nicht der Westen mit industriellen Lieferungen einspringen würde, war es Kennern der chinesischen Mentalität und der Leistungskraft dieses grossen Volkes schon seit langen klar, dass, irgendwo im weiten Reich der Mitte, Industriewerke erstellt würden. Denn anders war es nicht zu verstehen, dass die osteuropäischen Staaten, darunter auch die sowjetische Besatzungszone immer häufiger mit industriellen Fertigwaren aus China beliefert wurden.

Man darf gespannt sein, wann und wo die Chinesen zum ersten Mal die nicht-kommunistische asiatische Welt mit ihrem 'Wirtschaftswunder' in Erstaunen setzen werden. Es ist vielleicht die grösste Ironie der Geschichte der westlich-chinesischen Beziehungen, dass das Embargo über China diesem Lande verhalf, eine Industrie grössten Stils aufzubauen. Die Japaner sind verständlicherweise äusserst beunruhigt. Nicht nur was die Aussichten einer chinesischen Wirtschaftsexpansion anbetrifft, nein, sie fürchten den Marsch der chinesischen Divisionen nach Südostasien.

Wird Hammarskjöld wieder annehmen?

sp- Ende nächsten Jahres läuft die fünfjährige Amtszeit des Generalsekretärs der UNO, Hammarskjöld, ab. Nach dem Vorschlag des Sicherheitsrates muss die Generalversammlung seinen Nachfolger noch in diesem Jahr wählen. Wird es wieder Hammarskjöld sein?

Wie die Dinge liegen, kommt wohl für diese Besetzung eines der wichtigsten Posten in der Welt wohl kaum eine andere Persönlichkeit als Hammarskjöld in Frage. Dieser Mann hat in den schwersten Krisen der UNO eine erstaunliche Initiative und Wendigkeit entwickelt, und obwohl nicht alle Mächte mit seiner Haltung immer Einverständnis bekundeten, besteht doch Einstimmigkeit darüber, dass es seinem Wirken und seinem ungewöhnlichen Verhandlungsgeschick zu verdanken ist, wenn die UNO bisher allen Zerreißproben standhielt. Der Fleiß und die Latkraft dieses Mannes bewährten sich am eindruckvollsten in den Tagen der Suez- und der Ungarnkrise, als über die Welt die Schatten eines drohenden dritten Weltkrieges heraufzogen. Hammarskjöld stand als treibende Kraft hinter der Schaffung der UNO-Truppe; ihre rasche Aufstellung ermöglichte es, den Brand in Mittelost zu löschen. Die Grenzen seines so wohl-tätig geltend gemachten Einflusses liegen allerdings in dem Willen aller Mitgliedstaaten, sich den Beschlüssen der UNO zu fügen. Die UNO kann nur so stark sein, wie es ihre Mitglieder wollen.

Für die Wiederwahl Hammarskjölds zum Generalsekretär spricht der Umstand, dass es keine von den entscheidenden Mächten Lost und Neigung zeigt, die UNO durch langwierige Auseinandersetzungen über die Besetzung dieses Postens in einen Zustand der Apathie und der Handlungsunfähigkeit versinken zu lassen. Das würde aber im Falle eines Streites um die Nachfolge eintreten. Hammarskjöld selbst hat sich zu seiner möglichen Wiederwahl noch nicht geäußert, wahrscheinlich lässt er seine Entscheidung von der Einstimmigkeit eines Wahlvorschlages durch den Sicherheitsrat bestimmen.

Wieder neue Versprechungen Störche

H.R. Der Bundesminister für Arbeit zieht durch die Lande und erklärt, er sei für die Aufhebung der Karenztage bei der Gewährung von Krankengeld. Seit wann hat sich der Herr Minister zu dieser Auffassung durchgerungen? Offensichtlich verfällt der Bundesarbeitsminister wieder in alte Fehler, in dem er Versprechungen macht, die er zu gegebenem Zeitpunkt nicht gewillt ist einzuhalten. Die Öffentlichkeit kennt ja noch die berühmten Zusagen für die Rentenerhöhungen und was daraus wurde.

Mit der Abschaffung der Karenztage, für die sich der Minister jetzt so bemerkenswert einsetzt, hat es aber seine besondere Bewandnis. Sein Appell für die Beseitigung der Karenztage spekuliert auf das kurze Gedächtnis der deutschen Arbeitnehmerschaft. Der Minister sollte sich an sein Verhalten im Deutschen Bundestag am 13.5.1957 erinnern. In dieser Lage war nämlich Gelegenheit, die Abschaffung der Karenztage bei der Gewährung von Krankengeld durchzuführen. Der Bundesarbeitsminister brauchte heute nicht von Karenztagen zu sprechen, wenn er im Mai dieses Jahres dem SPD-Antrag auf Lohnfortzahlung anlässlich im Krankheitsfall zugestimmt hätte. Die Abgeordneten der CDU/CSU verweigerten aber die Zustimmung von der SPD geforderte soziale Gleichstellung der Arbeiter mit den Angestellten.

Umso befremdlicher, όσο der Herr Minister glaubt, in Wahlversprechungen von seinen Bemühungen um die Abschaffung der Karenztage sprechen zu müssen. Offensichtlich unterschätzt der Bundesarbeitsminister das Gedächtnis der Arbeiter. Wie aus dem Bundestagesprotokoll vom 31.5.1957 ersichtlich, hatte die SPD speziell zur Frage der Karenztage ausdrücklich Abstimmung verlangt. Die SPD wünschte, nach dem alle übrigen Verbesserungsvorschläge abgelehnt waren, wenigstens das Krankengeld von 2. Tag an zu gewähren. Minister Störche stimmte bei der wesentlichen Abstimmung gegen diese Verbesserung. Ein Kommentar erübrigt sich wohl...

Adenauer über sich selbst und andere über ihn

1. "Ich..." "Wenn ich nicht mehr bin, ist es zu spät...!"
Adenauer

Keine Sorge um das Recht

"Recht? Was brauche ich Recht zu klären? Ich würde als Regierungschef nie etwas Unrechtes tun!"

Adenauer am 6.9.53 vor Bonner Journalisten

5 Minuten vor 12

"Nutzen Sie die Zeit, solange ich noch lebe, wenn ich nicht mehr bin, ist es zu spät - mein Gott, ich weisse nicht, was meine Nachfolger tun werden, wenn sie sich selbst überlassen sind."

Adenauer zu Spaak und Bech während der Londoner Konferenz, "Der Spiegel" 6.10.54

Im folgenden kritisierte Adenauer Schäffers Zollpolitik, es sei ein "sehr zweischneidiges Schwert, mit der Zollpolitik heraus- und herunterzugehen und je nach Bedürfnis in dem Inneren der Wirtschaft mal so, mal so zu machen."

"Frankfurter Allgemeine" - 30.5.56

Selbstsuggestion

"Ich werde auch die Bundestagswahlen 1957 machen".

Adenauer zu Krankenbesuchern im Rhönort
"Der Spiegel" - 16.11.55

Selbstüberschätzung

"Die Sowjets hofften, dass die Bundesrepublik weiter unterminiert werden kann und dass sie dann - sagen wir das offen - wenn ich heute oder morgen nicht mehr bin, worauf sie bestimmt hoffen, Westdeutschland erobern, ohne dass ein Tropfen Blut fällt."

Adenauer in einem Interview mit dem Bonner Korrespondenten des International News Service (INS), Tom Agoston nach Deutsche Presseagentur - 26.6.56

Der Einzelkämpfer

Dr. Adenauer vor Journalisten: "Der Bundestagswahlkampf führe ich. Ich bin überzeugt, dass 30 % unserer Wählerstimmen nicht auf das Konto der CDU zu verbuchen sind, sondern auf mich. Sollte ich in dieser Form den Wahlkampf gewonnen haben, dann kann ich nicht hingehen und sagen -

Der Bundeskanzler wird x = y heißen, nein, der muss auch Adenauer heißen."

"Politik und Wirtschaft" - 14.12.56

Zweifel besser

"... Manchmal wird einem geglaubt, wo Zweifel besser wären; manch-

mal wird einem nicht geglaubt, wo es ehrliche und lautere Wahrheit ist."
 "Zeitungsverlag und Zeitschriftenverlag-
 1.4.56

*

Erkenntnis

"Politik heisst den Zug der Entwicklung zu erkennen und auch danach zu handeln."
 "Die Zeit" - 26.6.52

*

Weisheit

"Wo der Geist des Herrn ist, ist Freiheit", sagt der heilige Apostel Paulus, und wir können hinzufügen:

"Wo der Geist des Herrn nicht ist, das ist Unfreiheit und Säklererei"
 Auf der Schlusskundgebung des 77. Deutschen
 Katholikentages in Köln - 2.9.56

*

Selbstkritik

"Man kann kein guter Diplomat sein, solange man der Gefangene des eigenen falschen Weltbildes ist."

Adenauer, Interview mit Friedländer -
 22.2.54

*

Unchristliches Volk

"Deutschland ist eines der religionslosesten und unchristlichsten Völker Europas. Das war schon vor 1914 so."

Adenauer in der Kölner Universität am
 24.3.46

*

Gegenreformation

"Sein Vorbild sei Kaiser Karl V.", sagte kürzlich Bundeskanzler Dr. Adenauer. - Als der Bundeswahlleiter der FDP, Wolfgang Döring, von diesem Ausspruch hörte, griff er zum Geschichtsbuch, Kaiser Karl V. sei das Haupt der Gegenreformation gewesen, las er da.

"Süddeutsche Zeitung" - 16./17.3.57

*

Heidnische Stadt

"Trotzdem die Berliner manche wertvollen Eigenschaften aufweisen, habe ich damals schon immer in Berlin das Gefühl gehabt, in einer heidnischen Stadt zu sein..."

Adenauer am 24.3.1946

*

Überschätzung

"In der Hand der Bonner Koalitionsparteien liegt das Schicksal der Welt."

Dr. Adenauer auf dem CDU-Parteitag in Hamburg
 am 20.4.1953

*

Was ich mache, ist gut

"Was ich mache, ist recht und gut, und das deutsche Volk wird es begreifen."

Adenauer zu dem württ. Kultusminister
Simpfendorfer, "Stuttgarter Zeitung"
2.2.52

*

2. ...und seine Beflissenen

"Einen solchen Kanzler zu haben, ist eine Gnade für ein Volk!"

"Katholischer Lesebogen"

*

Menschenverächter

"Er ist ein Menschenverächter, und er ist unendlich einsam."

Der verstorbene Bundesinnenminister
Dr. Robert Lehr über Konrad Adenauer
"Der Spiegel" - 16.9.53

*

Adenauer und der Herrgott

"Ich darf Ihnen sagen, dass der Kanzler gewiss manche Stunde allein ist. Einsam ist er aber bestimmt nicht, weil er dann Zwiesprache mit seinem Herrgott hält."

Bundesarbeitsminister Storch auf dem
Katholikentag 1954 in Fulda
"Der Spiegel" - 15.9.54

*

"Ich"

"Die Richtlinien der Politik bestimme ich!"

Adenauer vor der CDU-Fraktion lt.
Deutsche Presseagentur - 11.9.56

*

Leere Deklamation

"Eine Zusammenarbeit mit der Opposition, wenigstens in den grossen nationalen Fragen, halte ich nicht nur für möglich, sondern ich wünsche sie."

Interview mit "Politisch-Soziale Korre-
spondenz" - 1.4.55

*

L'Etat c'est moi

"Der politische Tag der Bundesrepublik (beginnt), wenn der Chef der Bundesregierung, Dr. Konrad Adenauer, zum Portier des Bundeskanzleramtes 'Guten Morgen' sagt."

Aus "Konrad Adenauer, Bilder und Daten
zum 80. Geburtstag"

*

Entnommen dem "Zitatenschutz" aus vier Jahren CDU/CSU-Politik, einer dieser Tage erschienen Publikation des Vorstandes der SPD.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel